



Peter Altenburg, Vorsitzender der Wählergemeinschaft „Die Cuxhavener“, Fraktionschef Rüdiger Kurmann, Ratsfrau Britta Hinrichs und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jürgen Kucklick (v. l.) erkennen im Alten Fischereihafen „ein Entwicklungspotenzial, nach dem sich andere Städte in Deutschland die Finger lecken würden“. Foto: Koppe

„Jetzt muss man aber auch mutig sein“

Wenn es um die Entwicklung des Alten Fischereihafens geht, stellt sich die Ratsfraktion „Die Cuxhavener“ demonstrativ hinter den Investor: Im CN-Sommerinterview warnen Peter Altenburg, Rüdiger Kurmann, Britta Hinrichs und Jürgen Kucklick vor „halbherzigen Entwicklungen“ im künftigen Fischereihafenquartier. Sie zählen außerdem auf, was an anderer Stelle nach ihrer Auffassung versäumt worden ist. **Von Kai Koppe**

Im Rat sind „Die Cuxhavener“ in der Rolle der Opposition und sehen sich mit einem Mehrheitsbündnis aus drei Parteien konfrontiert. Bedarf es da einer hohen Frustrationstoleranz?

KURMANN: Auf jeden Fall! Ich bin seit fast 27 Jahren im Stadtrat. Der Umgang mit uns war noch nie so daneben wie zurzeit. Wir müssen uns jede Information selbst besorgen. Auch der Oberbürgermeister erfüllt dabei nicht die Aufgaben, die ihm von der Kommunalverfassung auferlegt werden. Aber wir machen das Beste daraus. Der Zuspruch der Bürger lässt den Frust immer wieder vergessen. Darüber hinaus werden wir häufiger als bisher den Weg der Akten-einsicht suchen, um komplizierte Vorgänge in der Verwaltung zu verstehen und zu kontrollieren.

Ganz konkret gefragt: Was werfen Sie dem Oberbürgermeister vor?

KURMANN: Durch Gespräche gewinnen wir immer wieder den Eindruck, dass wir nicht alle Informationen bekommen, auf jeden Fall nicht automatisch. Dabei hat der Oberbürgermeister die Aufgabe, alle Fraktionen gleichmäßig zu informieren.

Dass Sie ein Mehrheitsbündnis von CDU/FDP, SPD und Grünen skeptisch betrachten, wird Ihnen niemand verdenken. Aber entschei-

dend ist ja, was es auf inhaltlicher Ebene daran zu kritisieren gibt.

ALTENBURG: Diese politischen Umarmungen von mehreren Parteien führen meist dazu, dass sich wenig bewegt. Die Entscheidungsfindungen sind sehr langwierig. Meist wird nach einem Kompromiss gesucht, etwa bei der Höhe der Bebauung im Alten Fischereihafen. Diese Kompromisse sind zum Teil sehr merkwürdig. Schauen Sie sich zum Beispiel die Grünen an. Die machen überhaupt keine grüne Politik. Dabei wäre gerade Cuxhaven prädestiniert für eine „grüne Stadt“. Wir könnten 50 000 Einwohner durch alternative Energien aus Wind und Sonne versorgen.

Welche Themen verdienen aus Ihrer Sicht außerdem Priorität?

HINRICHS: Cuxhaven benötigt vor allem bezahlbaren Wohnraum für Familien, außerdem altersgerechten Wohnraum. Das ständige Genehmigen von Pflegeeinrichtungen entspricht nicht dem Wunsch eines selbstbestimmten Lebens bis ins hohe Alter. Wir müssen rechtssicher klären, wo an Feriengäste vermietet werden darf und wo nicht. Und was ist mit dem Sportentwicklungsplan? Wann wird der umgesetzt? Es gibt noch mehr Entscheidungen, die auch immer wieder verschoben werden. Themen wie die Hundesträn-

de, Radfahren in der Bucht oder Kontrollen im Bereich der öffentlichen Ordnung.

Den Alten Fischereihafen hatten Sie eben schon angesprochen. Ihre Fraktion hat signalisiert, die Pläne des dortigen Investors zu unterstützen. Trotzdem wird das Projekt Gastronomen und Einzelhändler in eine Konkurrenzsituation bringen.

KUCKLICK: Es ist richtig, dass wir die Bemühungen von Norbert Plambeck vollinhaltlich unterstützen. Der Alte Fischereihafen hat ein Entwicklungspotenzial, nach dem sich andere Städte in Deutschland die Finger lecken würden. Jetzt muss man aber auch mutig sein und darf den Ideen des Investors keine Steine in den Weg legen. Halbherzige Entwicklungen werden keine neuen Gäste anlocken. Also muss man über Kreuzfahrtschiffe, Themenhotels, Erlebnisgastronomie und vieles mehr nachdenken.

Wie wichtig ist aus Ihrer Sicht die Einführung eines übergreifenden Stadtmarketings – auch um die ganze Entwicklung zu steuern?

ALTENBURG: Es ist peinlich, dass eine Stadt wie Cuxhaven kein Stadtmarketing betreibt. Es lässt sich auch keine Koordination zwischen der Nordseeheilbad und der Stadtverwaltung in Fragen der Außendarstellung erkennen. Sonst würde es nicht zu Artikeln wie neulich in der „Süddeutschen“ kommen. Dort wurde Cuxhaven als neuer Siemens-Standort gelobt, der gut florierende Tourismus aber ins Lächerliche gezogen. Bemühungen, die es um Ladenöffnungszeiten in der „Norder“ oder um eine Kunsteisbahn auf dem „Butt“ gab, verpuffen ohne Unterstützung durch ein Stadtmarketing. Es gibt nicht einmal eine Stelle, die Informationen

sammelt, wo und wann eine Veranstaltung stattfindet.

Dabei geht es um Synergieeffekte, nach denen „Die Cuxhavener“ auch an anderer Stelle – Stichwort: Hallenbad, Veranstaltungszentrum – gerufen haben. Hat sich die von Ihnen propagierte Mehrzweckhalle, in der sich Sport und Kultur unter einem Dach vereinen lässt, inzwischen erübrigt?

HINRICHS: Der Kulturbereich der Stadt benötigt einen hohen Zuschuss, der Veranstaltungsbereich der Nordseeheilbad GmbH ebenso. Andere Städte in Niedersachsen, wie zum Beispiel Aurich, haben vorgemacht, wie es geht: Sie haben eine Mehrzweckhalle gebaut, die privat betrieben wird und die städtischen Ausgaben minimiert. Angebliche Experten in Cuxhaven erzählen immer, dass sich so etwas aufgrund unserer Randlage nicht rechnet. Nach dieser Logik dürfte es das „Deichbrand“-Festival gar nicht geben! **KURMANN:** Eine Mehrzweckhalle, verbunden mit einem Sportzentrum auf der grünen Wiese, wäre ein mutiger Schritt, den die Ratsmehrheit in dieser Stadt aber nicht gehen will. Es wird wieder in die Kugelbake-Halle investiert und in einen Neubau im Schulzentrum. Dort wäre auch eine Dreifach-Schulsporthalle ausreichend. Eine Nebennutzung als Veranstaltungshalle ist dort baurechtlich nicht möglich. Also werden drei Millionen für Zuschauer-ränge investiert, die man maximal zweimal jährlich benötigt. Das ist schlicht Geldverschwendung.

Ihre Fraktion kritisiert ferner das Modell des Strandeintritts, mit dem ein nicht zu unterschätzender Teil der von der Kurverwaltung erbrachten Leistungen bezahlt wird. Muss man im Tourismusbereich

über neue Finanzierungswege nachdenken?

KUCKLICK: Na, der Strandeintritt trägt im Verhältnis zum Übernachtungskurbeitrag eher wenig zur Finanzierung des Tourismus bei. Die Stadt stellt jedes Jahr circa drei Millionen zur Verfügung, was sie sich eigentlich nicht leisten kann. Der Tourismus macht Umsätze von über 250 Millionen im Jahr. Die Umsatzsteuer von bis zu 50 Millionen geht nach Berlin und Hannover. Wir bekommen nur etwa zwei Millionen. Da stimmt doch was nicht. Wir müssen die Ausgaben im Tourismus kritisch prüfen und zu einem anderen Finanzierungsmodell kommen. Statt Almosen über Bedarfszuweisungen zu verteilen, sollte das Land Niedersachsen einen Euro pro Übernachtung zur Unterstützung des Tourismus geben.

Was die Kandidatenfrage bei der Oberbürgermeisterwahl angeht, kommen CDU, SPD und Grüne offenbar auf keinen gemeinsamen Nenner. Werden Sie als „Cuxhavener“ einen Vorschlag machen oder möglicherweise sogar einen eigenen Kandidaten präsentieren?

ALTENBURG: Wir haben im September ein Gespräch mit der SPD über einen möglichen gemeinsamen Kandidaten. Natürlich werden wir daran Bedingungen knüpfen. Darüber hinaus kann es Rüdiger Kurmann noch einmal versuchen, die 25 Prozent der letzten Wahl zu toppen. Eine Entscheidung trifft eine Mitgliederversammlung im Oktober.

KURMANN: Es kann nicht sein, dass Herr Ferlemann zum vierten Mal allein bestimmt, wer OB in Cuxhaven wird. Also sprechen wir mit allen Parteien, die mit uns sprechen wollen, und ich spreche mit meiner Familie, meinen Freunden und Unterstützern.